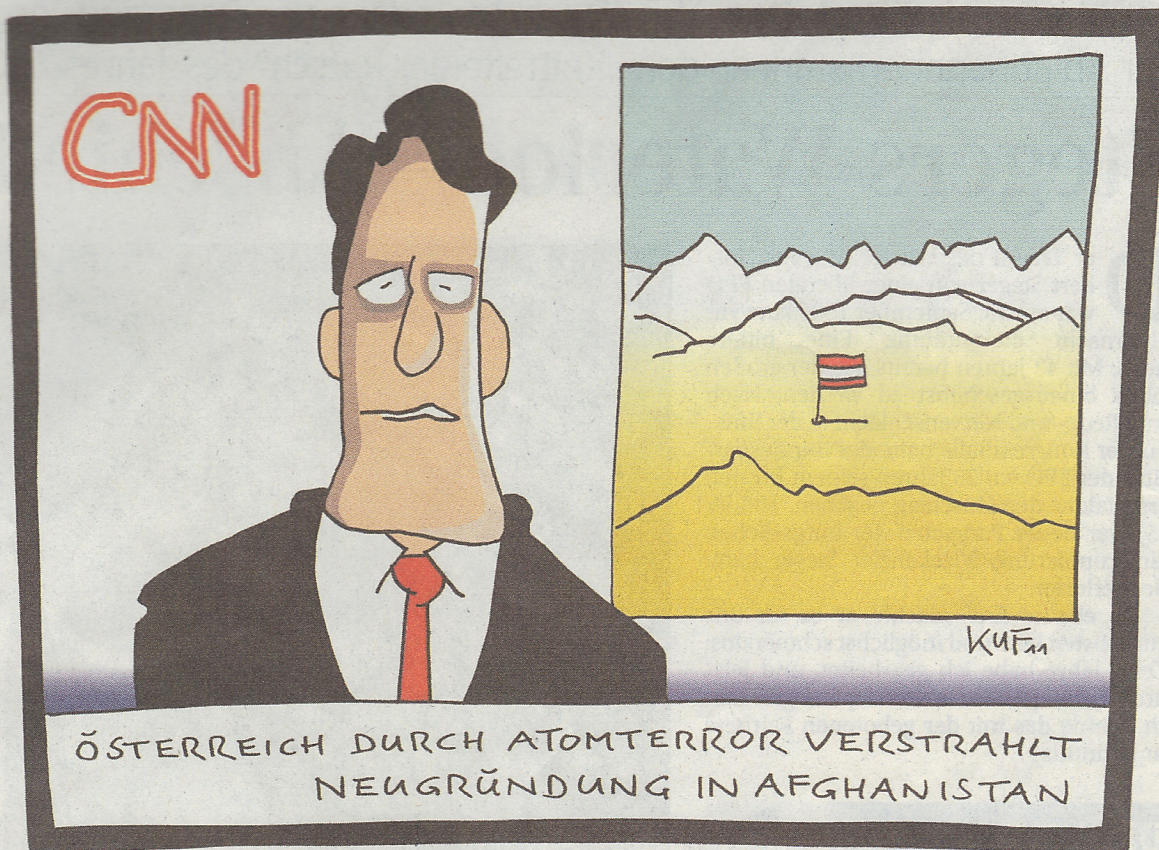




11. September: Terror, Medien und das Zerrbild der Bedrohung

Gastkommentar. Die großen Terroranschläge haben gezeigt: Moderne Staaten sind verwundbar, aber auch imstande, solche Krisen zu meistern.

VON ERICH REITER

Einige Tage nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 in New York und Washington fand eine planmäßige Sitzung eines Unterausschusses des Nationalrats zur Beratung über die (damals) neue Sicherheits- und verteidigungspolitische Doktrin der Bundesregierung statt, der auch sicherheitspolitische Experten beigezogen waren.

Dabei äußerten sich etliche Parlamentarier – einige sogar äußerst erregt – dahingehend, dass nun eine neue Ära der Sicherheitspolitik begonnen habe, dass alles neu gedacht werden müsse und alles bisher Geschriebene – also auch die vorliegende Sicherheitsdoktrin – Makulatur sei.

Es war eine mühsame und nur teilweise erfolgreiche Arbeit, das Gros der Abgeordneten davon zu überzeugen, dass die Möglichkeit auch so großer terroristischer Anschläge schon längst zum „Standardrepertoire“ sicherheitspolitischer Konzepte gehöre. Immerhin

enthielten die Materialien der vorliegenden Sicherheitsdoktrin von 2001 ein Szenario, das den Anschlägen vom 11. 9. durchaus ähnlich war. Die Ereignisse vom 11. 9. waren nicht unvorstellbar, aber sie kamen unerwartet.

Die wahre Gefahr: Atomterror

Terroristische Anschläge sind ja nichts Neues. Die Art der Anschläge, die Methoden entwickeln sich weiter. Die Verwendung von Sprengstoff hat eine neue Dimension der Schadenswirkung eröffnet, und Attentate auf oder mit Flugzeugen mache die Sache spektakulär. Eine wirklich neue Dimension von Terroranschlägen würde die Verwendung von Massenvernichtungswaffen bringen (im kleinen Maßstab gab es das ja schon wie in der Tokyoter U-Bahn mit Giftgas).

Dass es eine Tages zum Einsatz oder der Androhung einer Atom-bombe oder einer sogenannten „schmutzigen Bombe“ kommt, muss als sehr wahrscheinlich beurteilt werden. Konzepte zur Reaktion darauf sind bei unseren Regie-

rungsstellen (anders als etwa in den USA) aber absolut unerwünscht. Denn man will sich nicht mit möglichen unerwünschten und gefährlichen Zukunftsszenarien befassen, hat man doch ohnedies schon genug aktuelle Probleme. Hinsichtlich der Atomwaffen galt und gilt ja in unserem Land ohnedies die Politik, ihre Existenz einfach zu negieren: Wir wollen sie nicht, und deshalb gibt es sie nicht.

In der Sicherheitspolitik fehlt es den Politikern – nicht nur in unserem Land, aber hier besonders –, an der Bereitschaft, vorauszuschauen und vor auszudenken.

Terroristische Anschläge sind das klassische Beispiel asymmetrischer Kriegsführung. Der Unterlegene weicht auf Terrorismus aus und versucht, sowohl Aufmerksamkeit für seine Sache zu wecken als auch Schadenswirkung zu erzielen. Ein spezielles Ziel ist es, Angst und Schrecken zu erzeugen und einzuschüchtern; gelingt das, so können auch Erfolge in der Sache erreicht werden. Der „Hauptverbündete“ der Terroristen ist deshalb die me-

» diale Berichterstattung, ohne diese würden sich terroristische Anschläge weit weniger auszahlen.

Der 11. September 2001 ist in mehrfacher Hinsicht als außergewöhnliches Ereignis in die Annalen eingegangen. Einmal wegen der Dimension tausender Toter. Dann, weil er die Verwundbarkeit einer großen Macht demonstrierte. Und schließlich, weil sich die USA auf eigenem Territorium zum ersten Mal seit Pearl Harbor angegriffen fühlten. Nachdem Osama bin Laden den USA den Krieg erklärt hatte, erklärten nun die USA dem Terrorismus den Krieg.

Der 11. 9. war der Anlass zur „Erklärung“ des sogenannten „Krieges gegen den Terror“; den hatte es aber schon gegeben. Denn es gab ja eine ganze Reihe größerer Anschläge in Europa und auf US-Einrichtungen außerhalb der USA und eine beachtliche Verunsicherung des Westens wegen der Zunahme des aus islamischen Ländern kommenden Terrorismus.

Erhöhte Interventionsbereitschaft

Der „Krieg der Kulturen“, vor dem Huntington so eindrücklich gewarnt hatte, war längst ausgebrochen, wenngleich er nicht von den Massen, sondern von militanten Eliten getragen war und ist.

Der 9. 11. hat gezeigt, dass die USA nicht so leicht zu beeindrucken sind; sie wurden nicht erschüttert, sondern aufgerüttelt. Viele Europäer hingegen verfielen in ängstliche Beklemmung.

Was sich in sicherheitspolitischer Hinsicht sehr wohl geändert hatte, war – zumindest vorübergehend – eine erhöhte Bereitschaft, zu intervenieren. Paradebeispiel Afghanistan. Diese Interventionsbereitschaft ist, weil sie zunehmend unpopulärer wurde, bereits stark abgeklungen – selbst in den USA, wie Libyen oder Syrien gezeigt haben. Das gilt nicht nur für Interventionen zur Terrorbekämpfung, sondern auch für Interventionen aus humanitären Gründen. Die Terrorismusbekämpfung steht

in einer gewissen Verbindung mit sogenannten „failed states“, also funktionsuntüchtig gewordenen Staaten, deren Zentralgewalt nicht mehr imstande ist, ihr Territorium zu beherrschen und zu kontrollieren. Paradebeispiele sind Afghanistan und Somalia.

Vernetzung der Geheimdienste

In solchen gescheiterten Staaten ist das Einnisten terroristischer Gruppen und Ausbildungslager leichter möglich: Das zu verhindern oder doch zu erschweren, soll die Fähigkeiten terroristischer Gruppen reduzieren und dadurch für mehr Sicherheit sorgen („Deutschland wird am Hindukusch verteidigt“).

Der 11. September hat die Welt nicht nachhaltig verändert. Der Terrorismus ist lediglich stärker zur Kenntnis genommen worden und wird seither in seiner Bedeutung überbewertet. Denn auch die größten Anschläge, wie etwa der auf dem Bahnhof von Madrid, haben zwar Störungen bewirkt, aber keine nachhaltigen Schädigungen verursacht und schon gar nicht einen Staat lahm legen können (das könnten große Hacker-Angriffe wahrscheinlich eher).

Die großen Anschläge haben gezeigt, dass moderne Staaten zwar relativ leicht verwundbar sind, aber auch, dass sie sehr wohl imstande sind, solche Krisen zu meistern. Die stärkere Vernetzung nationaler Nachrichtendienste in Europa und Amerika hat seither dazu geführt, dass zahlreiche geplante Anschläge verhindert werden konnten.

Schwerpunktverlagerung

Hauptträger des Terrorismus sind nach wie vor Gruppen aus der Welt des Islam. Aber sie kämpfen nicht mehr nur gegen die Dominanz des Westens, sie kämpfen immer mehr gegeneinander. Und die Schwerpunkte des Terrorismus haben sich in die islamischen Länder selbst verlegt.

Doch die große Beachtung, die dem Terrorismus seit dem 9. September 2001 zuteil wird, sollte nicht dazu führen, dass andere sicherheitspolitische Risiken ausgeblendet werden. Die größte Gefahr ist nach wie vor die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, insbesondere von Atomwaffen (vor Jahren schon nach Indien und Pakistan, dann nach Nordkorea, demnächst in den Iran). Die Zunahme der Atomkräfte macht die Beherrschbarkeit dieser Waffe immer schwerer. Darin liegt die größte Gefahr für die Zerstörung unserer Welt.

Zum Autor



Hon.-Prof. Dr. Erich Reiter (* 13. 7. 1944) ist Präsident des Internationalen Instituts für Liberale Politik Wien. Zuvor war er

Beauftragter des Verteidigungsministeriums für strategische Studien und Leiter von dessen Präsidial- und Rechtssektion. Er war mehrere Jahre Mitglied des Nationalen Sicherheitsrates. [BMLV]

QUERGESCHRIEBEN

Politik als Handwerk Unvermögen mit

Immer öfter geben in den Ministerbüros volle So sieht die Arbeit dann auch aus: ein Plädoyer

Es hat nicht funktioniert, es hat uns nicht gefreut: Die Voranmeldung an den Universitäten endete im Chaos, brachte keine Klarheit über die Studentenzahlen und wurde von der Technischen Universität Wien überhaupt ignoriert, was eine glatte Rechtsverletzung war.

Dieses Desaster hat das Wissenschaftsministerium mit 380.000 Euro für eine Inseratenkampagne und 150.000 Euro Porto für eine Briefaktion finanziert. Zu dumm nur, dass das Ministerium diesen Brief an die Eltern adressiert hat, weil deren Anschriften leichter zu beschaffen waren. Ohne die Kinder überhaupt zu er-

Die Arroganz der abgeleiteten Macht ist bei Mitarbeitern von Politikern ein Problem. Sie kann merklichen Schaden anrichten.

wähnen, wohlgemerkt. Also sollten die Eltern nicht vergessen, sich an den Unis zu einem Studium anzumelden.

In etwa zwei Wochen beginnt das Wintersemester und man ist an den Universitäten so klug als wie zuvor, wie die Vizerektorin der Uni Innsbruck, Margaret Friedrich, letzte Woche festhielt, weshalb sie keineswegs an dieser Art der Voranmeldung festhalten wolle. Mein Gott, eine halbe Million Euro in Zeiten wie dieser Geldknappheit an den Unis zum Fenster hinausgeworfen, was ist das schon?

Aber darum geht es eigentlich gar nicht. Vielmehr dient diese Geldvernichtungsaktion nur als Lehrbeispiel für oft völlig unverständliche Aktionen in der Politik im Allgemeinen und in der Regierungsarbeit im Speziellen. Nicht der große Mangel an Kompetenz hindert Entscheidungsträger in Regierung und Parteien daran, größere und kleinere Probleme final zu lösen. Vielmehr ist es das kleine Un-

Reaktionen senden Sie bitte direkt an:

E-Mails an: debatte@diepresse.com